

Bericht aus Berlin



Januar 2021

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein außergewöhnlich schwieriges Jahr liegt hinter uns. Es stand ganz im Zeichen einer Pandemie, die im Dezember ihren Höhepunkt erreicht hat. Unser Gesundheitssystem hat sich als gut aufgestellt bewiesen. Jetzt, wo die Infektionszahlen ihren Höchststand erreichen, werden aber auch bei uns die Intensivbetten knapper. Daher bedarf es einer großen nationalen Kraftanstrengung aller, damit unser Gesundheitssystem nicht kollabiert und damit das Infektionsgeschehen wieder abklingt. Dennoch können wir hoffnungsvoll in dieses neue Jahr starten: Die Impfstoffentwicklung war erfolgreich. Ein in Deutschland entwickelter Impfstoff hat die Zulassung erhalten und die ersten Impfungen haben nach Weihnachten begonnen. In den nächsten Monaten werden zunächst die Menschen geimpft, die wir besonders schützen müssen: Die älteren Menschen sowie die Menschen mit Vorerkrankungen.

Ich höre oft die Sorge, dass der Impfstoff sehr schnell entwickelt und daher sicherlich nicht richtig ausgetestet und erprobt sei. Ich kann beruhigen: Die Entwicklung von den mRNA-Impfstoffen, die jetzt zur Anwendung kommen, war bereits vor dem Auftreten des neuartigen Coronavirus Sars-CoV-2 weit fortgeschritten. Sie wurden somit nicht von Grund auf neu entwickelt, sondern nur an den neuen Erreger angepasst. Zudem



wurden einige Studienphasen zeitgleich durchgeführt und nicht, wie sonst üblich, nacheinander. Der gemeinsam von den Firmen Biontech und Pfizer entwickelte Impfstoff wurde an über 44.000 Probanden getestet. Es wurden bzw. werden für die Corona-Impfstoffe keine Forschungs- oder Erprobungsvorgaben ausgelassen. Während bei vielen herkömmlichen Impfstoffen das Antigen selbst injiziert wird (abgeschwächter Virus oder Viren-Bestandteil), so liefert ein mRNA-Impfstoff dem Körper nur die genetische Information, damit der Körper das Antigen bei Bedarf selbst bilden kann. Die mRNA kommt nicht mit dem menschlichen Genom, das im Zellkern liegt, in Kontakt. Eine Integration von RNA in DNA ist

aufgrund der unterschiedlichen chemischen Struktur nicht möglich. Befürchtungen, die Impfung könne das menschliche Erbgut verändern, sind also unbegründet.

Es ist jetzt wichtig, die Pandemie schnell zu stoppen. Wenn mehr als 60 Prozent der Menschen geimpft sind, findet der Virus nicht mehr genügend Wirte, um sich weiter ausbreiten zu können. Daher ist es wichtig, dass die Menschen dem Impfstoff bzw. den Impfstoffen vertrauen und sich impfen lassen.

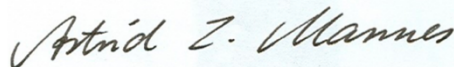
Weihnachten hat im letzten Jahr für viele anders stattgefunden als gewohnt – oftmals konnten sich nicht alle Familienmitglieder in der Weise treffen, wie es Tradition war. Ich hoffe dennoch, dass Sie besinnliche Weihnachtstage verlebt haben und aus der Weihnachtsbotschaft Kraft und Hoffnung in das neue Jahr mit hineinnehmen!

Im vergangenen Jahr haben wir alle bewiesen, dass wir Unsicherheit aushalten und an Krisen wachsen können. Mit diesem Mut machenden Fazit wünsche ich Ihnen alles Gute für 2021, vor allem gute Gesundheit!

Im Dezember 2020 wurde ich mit 95,4 Prozent erneut zur CDU-Direktkandidatin für die nächste Bundestagswahl für den Wahlkreis 186 nominiert. Für dieses tolle Ergebnis bin ich sehr dankbar. Es ist für mich ein großer Ansporn und Rückenwind. Im Frühjahr 2021 steht für uns Christdemokraten zunächst die Kommunalwahl im Fokus. Im September wird dann ein neuer Bundestag gewählt. Die Wahlkämpfe werden somit im Mittelpunkt auch meiner politischen Arbeit stehen und ich werde engagiert dafür kämpfen, auch über den Herbst hinaus diesen wunderbaren Wahlkreis weiterhin in Berlin vertreten zu dürfen.

Herzlichst

Ihre



Corona Impfungen in Hessen

Die Regionalen Impfzentren in Hessen öffnen am 19. Januar 2021. Als erstes öffnen die sechs Regionalen Impfzentren in Darmstadt, Gießen, Fulda, Frankfurt, Wiesbaden und Kassel. Sobald genügend Impfstoff zur Verfügung steht, werden weitere 22 Impfzentren in allen kreisfreien Städten und Landkreisen in Betrieb genommen. Für den Landkreis Darmstadt-Dieburg sind das Impfzentren in Pfungstadt und Reinheim.

Bisher hat Hessen knapp 100.000 Impfdosen erhalten und fast 50.000 Menschen in Altersheimen und Pflegeeinrichtungen durch mobile Einsatzteams geimpft. Für die Menschen in Hessen starten die Anmeldungen zur Corona-Impfung am 12. Januar 2021. Begonnen wird mit der höchsten Priorisierungsgruppe. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Menschen im Alter von 80 Jahren aufwärts sowie um das Personal in den besonders belasteten Krankenhäusern. Ist die erste Priorisierungsgruppe in Hessen versorgt, sollen schnellstmöglich die beiden nächsten Gruppen - im Wesentlichen bestehend aus älteren Mitmenschen und medizinischem sowie systemrelevanten Personal wie Feuerwehr, Polizei, Technische Hilfswerke usw. - geimpft werden.

Da der Impfstoff zu Beginn nur sehr begrenzt verfügbar ist, ist eine Priorisierung unumgänglich. Dafür hat das Bundesgesundheitsministerium sich eng an den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission beim Robert-Koch-Institut sowie der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina und dem Deutschen Ethikrat orientiert.

Wer der höchsten Priorisierungsgruppe angehört, kann sich ab dem 12. Januar telefonisch anmelden über die Hotline 116117 oder die 0611-505 92 888 oder auf der Internetseite www.impfterminservice.de oder www.impfterminservice.hessen.de.



Alle Hessen über 80 Jahre sollen am 12. Januar Post erhalten, mit der das weitere Verfahren genau erklärt wird. Aktuell werden noch nicht alle Impfberechtigten kurzfristig einen Termin erhalten können. Jeder, der sich impfen lassen will, wird aber eine Impfung bekommen. Für den vollen Impfschutz sind zwei Impfungen im Abstand von 3-4 Wochen nötig.

Für allgemeine Fragen steht das Bürgertelefon der Hessischen Landesregierung zur Verfügung unter 0800 555 4666. Sollte es Ihnen aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich sein, ein Impfzentrum aufzusuchen, so besteht zu einem späteren Zeitpunkt auch die Möglichkeit, sich zu Hause impfen zu lassen. Je mehr Menschen sich impfen lassen, desto größer ist der Schutz für alle! Nur, wenn sich viele impfen lassen, ist der Weg zurück in den gewohnten Alltag geebnet.

Europäische Impfstoffstrategie

In Deutschland läuft eine Debatte über die europäische Impfstoffstrategie, die zeigt, dass hier Informationsbedarf besteht. Den will ich gerne aufgreifen: Es ist verständlich, dass jetzt auf das Tempo bei den Impfungen geschaut wird. Das Nadelöhr ist derzeit nicht die Zahl der Bestellungen, sondern der weltweite Engpass an Produktionskapazitäten, so auch bei BioNTech, deren Impfstoff derzeit bereits verimpft wird. Die Europäische Union hat BioNTech bereits im Sommer 2020 mit 100 Millionen Euro für den Aufbau der jetzigen Produktionskapazitäten unterstützt und dafür die Zusage für insgesamt 300 Millionen Dosen Impfstoff erhalten. Alleine damit können bis zu 28 Millionen Deutsche geimpft werden.



Quelle: Pixabay.com

Im letzten Jahr wurde von etlichen Firmen an Impfstoffen gegen das Corona-Virus geforscht. Da lange Zeit nicht absehbar war, welches Unternehmen mit seiner Forschungsarbeit letztlich zu einem zugelassenen Impfstoff kommen wird, hat die EU nicht auf eine Karte gesetzt, sondern das Risiko gestreut und auf mehrere Anbieter gesetzt. Wenn alle in der Entwicklung befindlichen EU-Impfstoffe erfolgreich sein sollten,

haben wir zwei Milliarden Dosen für 450 Millionen Europäer und unsere engen Nachbarn. Übrigens wurden nicht nur 300 Millionen Impfdosen bei BioNTech bestellt, sondern auch 405 Millionen beim deutschen Anbieter CureVac.

Die Impfstoffe wurden im europäischen Verbund bestellt, weil die Einkaufsmacht gegenüber den Pharmaherstellern größer ist und auch die Bedingungen wie Preis, Lieferfristen und Haftungsfragen erfolgreicher verhandelt werden konnten, als wenn dies jedes Land einzeln für sich gemacht hätte. Es war richtig, keinen deutschen Alleingang zu wählen. Europa kann auch nur gemeinsam aus der Krise kommen. Deutschlands Stärke ist Europas Binnenmarkt. Wenn nur Deutsche Impfschutz haben, hilft das der deutschen Wirtschaft nicht aus dem Tal. Reisen bleibt schwierig und wir errichten de facto neue Grenzen und Fronten in Europa.

Die Situation wird sich nun Schritt für Schritt bessern. Die EU verhandelt längst über zusätzlichen Impfstoff von BioNTech und hilft bereits bei der Ausweitung der Produktionskapazitäten. Diese neuen Produktionsstätten sind wichtig, nicht nur für die Zahl der Impfdosen, sondern vor allem auch für die Geschwindigkeit, mit der sie zur Verfügung stehen werden. Weitere Hersteller, mit denen die EU Verträge hat, stehen vor der EU-Zulassung. Dafür, dass im Herbst 2020 noch niemand sicher sagen konnte, welcher Impfstoff überhaupt Erfolg haben würde, steht die EU mit ihrer Auswahl der Impfstoffhersteller sehr gut da.

Jagdschloss Kranichstein in Darmstadt erhält 4,2 Millionen Euro Bundesmittel

Das Jagdschloss Kranichstein hat eine Zusage über Bundesmittel in Höhe von 4,2 Millionen Euro erhalten, um heutigen Anforderungen bei der Gebäudesubstanz sowie bei den ausgestellten Exponaten und dem Bildungsauftrag eines öffentlichen Museumsbetriebs zu entsprechen. Dafür sind Baumaßnahmen an der Gebäude- und Außenanlage, Erneuerungen der Gebäude- und Sicherheitstechnik sowie raumklimatische Maßnahmen notwendig.

Bestehend aus Jagdschloss, Zeughaus, einem Schlosspark im englischen Stil, einer Teichanlage, zwei Museen - das Museum und das Bioversum Jagdschloss Kranichstein - gehört das Jagdschloss zu den bedeutendsten Jagdmuseen in ganz Europa. Mit einer einzigartigen Sammlung, die über Jahrhunderte aus einem Herrscherhaus stammt und mit der im Krieg nicht zerstörten und noch original erhaltenen Architektur, wird Geschichte aus dem 16. Jahrhundert ausgestellt. Eine Besonderheit bildet die nach französischem Vorbild geschaffene Jagdlandschaft.

Unterhalten werden das Jagdschloss Kranichstein und die beiden Museen durch die private Stiftung Hessischer Jägerhof, die im Rahmen einer institutionellen Förderung vom Land Hessen Gelder erhält. Durch diese Förderung mit öffentlichen Mitteln kann das einzigartige Zusammenspiel von Waldlandschaft, Park- und Teichanlage und dem historischen Schlossensemble erhalten werden.

Bundesverkehrsministerium fördert das Darmstädter Start-Up Wingcopter GmbH mit rund 178.000 Euro

Das vielfach ausgezeichnete Darmstädter Startup Wingcopter GmbH, das unbemannte Flugsysteme herstellt, erhält vom Bund eine Förderung. Mit dem erfolgreichen und mittlerweile weltbekannten Startup Wingcopter, hat Darmstadt ein innovatives junges Unternehmen, einen echten Technologiepionier. Dank ihres einzigartigen patentierten Schwenkrotor-Mechanismus übertreffen die elektrisch angetriebenen Wingcopter bei weitem die Reichweite und Nutzlastfähigkeiten kommerzieller Multicopter-Drohnen. Wingcopter können wie Multicopter senkrecht auf kleinstem Raum starten und landen, fliegen aber lange Strecken genauso effizient und schnell wie Flächenflugzeuge.

Hierdurch werden Reichweiten von bis zu 120 Kilometern und eine Guinness-Weltrekordgeschwindigkeit von 240 Stundenkilometern ermöglicht. Selbst bei kräftigem Wind bis zu 70 km/h oder schlechtem Wetter fliegt der Wingcopter autonom und zuverlässig.

Gesetz zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege



Quelle: Pixabay.com

Durch dieses Gesetz werden verschiedene Rechtsänderungen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung vorgenommen. Die gesetzliche Krankenversicherung soll zur finanziellen Stabilität vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie einmalige Zuschüsse in Höhe von 5 Milliarden Euro erhalten. Weitere Maßnahmen sind ein Hebammenstellen-Förderprogramm, die Sicherstellung finanzieller Hilfen für Krankenhäuser im ländlichen Raum sowie für Kinder- und Jugendmedizin. Hervorzuheben sind die Regelungen für die Schaffung von bis zu 20.000 zusätzlichen Stellen für Pflegehilfskräfte in der Altenpflege und die Verlängerung der durch Corona bedingten Schutzschirme.

Drittes Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite

Diese Novelle, die am 18. November 2020 im Bundestag beschlossen wurde, war notwendig, um nach der rund 8 Monate andauernden Pandemie die bisherige Rechtsgrundlage für die Maßnahmen des Bundes und der Länder zu konkretisieren und Regelungen zur Impfung und zur finanziellen Absicherung der Krankenhäuser zu treffen.

Dabei wurden Rechtsgrundlagen für die erforderlichen Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie verbessert und differenziert. Das Gesetz bestimmt spezifische und konkrete Schutzmaßnahmen, welche die Länder treffen können. Es sieht zudem für besonders grundrechtssensible Beschränkungen von Versammlungen, Gottesdiensten oder für Besuchsregelungen in Senioren- und Pflegeheimen besonders strenge Kriterien vor.

Schließlich knüpft das Gesetz künftig die Entscheidungen über alle zu ergreifenden Schutzmaßnahmen daran, wie intensiv sich die Pandemie an einem Ort ausbreitet. Schutzmaßnahmen sind grundsätzlich zu befristen und müssen, wenn sie über vier Wochen hinaus gelten, gesondert verlängert werden.

1,25 Milliarden Euro für außeruniversitäre medizinische Forschung

Die deutschen außeruniversitären Forschungseinrichtungen gaben im Jahr 2018 rund 1,25 Milliarden Euro für medizinische Forschung und Entwicklung aus. Dies entspricht knapp 9 % der gesamten Forschungsausgaben außeruniversitärer Einrichtungen (14,2 Milliarden Euro). Angesichts der Corona-Pandemie ruhen die Hoffnungen der internationalen Gemeinschaft auf Wissenschaftlern, die an Mitteln gegen das Virus forschen.

Auch in anderen Wissenschaftszweigen findet Grundlagenforschung zur Bekämpfung von Krankheiten statt, etwa im Bereich der Biologie (inklusive der Virologie) und der Pharmazie. Die Naturwissenschaften nahmen unter den verschiedenen Wissenschaftszweigen mit 5,3 Milliarden Euro den größten Anteil an den Ausgaben ein. Zu den außeruniversitären Einrichtungen gehören zum einen Einrichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden wie das



Quelle: Pixabay.com

Robert Koch-Institut, zum anderen von Bund und Ländern gemeinsam geförderte Einrichtungen wie die Helmholtz-Zentren, die Max-Planck-Institute, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Leibniz-Gemeinschaft sowie andere öffentlich geförderte private Einrichtungen ohne Erwerbszweck.

Bundeshaushaltsplan 2021

In der vorletzten Sitzungswoche des Jahres 2020 wurde der Haushaltsplan 2021 verabschiedet. Dieser ist maßgeblich von der aktuellen Corona-Pandemie und den daraus resultierenden finanziellen Herausforderungen geprägt. Insbesondere werden mit dem Bundeshaushalt 2021 erforderliche Mittel für den Gesundheitsbereich und für umfangreiche Wirtschaftshilfen zur Verfügung gestellt.

Im Ergebnis steigen die Ausgaben 2021 auf knapp 500 Milliarden Euro und die Nettokreditaufnahme auf fast 180 Milliarden Euro. All dies ist nur möglich, weil wir in den letzten Jahren gut gewirtschaftet haben. Jetzt zu sparen, würde die Krise verschärfen. Klar ist aber auch, dass wir nicht ewig derart hohe Schulden machen können. Schließlich muss die weit über die Normalregelung der Schuldenbremse hinausgehende Verschuldung in den kommenden 20 Jahren getilgt werden. Die größte Aufgabe der kommenden Wahlperiode wird daher werden, Deutschland auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzuführen und solide zu wirtschaften, um die Schuldenbremse wieder einhalten zu können. Dies ist eine Frage der Generationengerechtigkeit!

Die Arbeitsplätze der Zukunft beruhen auf Innovationen und Investitionen. Deshalb unterstützen wir unsere heimischen Schlüsselindustrien und sorgen gleichzeitig für neue Impulse in der anwendungsnahen Forschung bei Unternehmensgründungen und der Digitalisierung. Als Mitglied des Bildungsausschusses und stellvertretendes Mitglied für den Innenausschuss, möchte ich besonders die beiden folgenden Haushaltsposten genauer für Sie darstellen.

Dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat steht 2021 ein Ansatz von 18,5 Milliarden Euro zur Verfügung, was rund 160 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf sind. Insbesondere wird der Bereich Innere Sicherheit mit weiteren 107 Millionen Euro gestärkt; darunter jeweils 7,5 Millionen Euro zusätzlich zur Beschaffung von neuen Fahrzeugen und Schutzausrüstung für die Bereitschaftspolizeien der Länder, sowie 221,2 Millionen Euro für Hubschrauber der Bundespolizei. Auch das deutsche Engagement bei internationalen Polizeieinsätzen wird deutlich um 14 Millionen Euro erhöht. Daneben wird auch der Bereich Katastrophen- und Bevölkerungsschutz durch zusätzliche Mittel aufgestockt. Neben anderen Projekten wird z.B. das Technische Hilfswerk mit rund 40 Millionen gestärkt.

Darüber hinaus bekommen kommunale Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur eine Aufstockung von 1,09 Milliarden Euro.

Der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sieht ein Volumen von 20,8 Milliarden Euro vor – damit investiert die Bundesregierung künftig so viel wie nie zuvor in einem Haushaltsjahr in Bildung und Forschung! Darin enthalten sind insbesondere 150 Millionen Euro zur Sicherung von Ausbildungsplätzen, 90 Millionen Euro für Bildungsplattformen und Bildungskompetenzzentren, die Finanzierung neuer Fraunhofer-Zentren,



Quelle: Pixabay.com

der Ausbau des Helmholtz-Instituts für Pharmazeutische Forschung sowie Mittel für ein Universitäres Herzzentrum Berlin und zum Ausbau der Universitätsmedizin-Netzwerke unter Leitung der Charité Berlin.

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2021

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird konsequent weiter vorangetrieben. Das Gesetz beinhaltet die Treibhausgasneutralität des Stromsektors bis 2050 und die Umsetzung des Ziels für erneuerbare Energien von 65 Prozent im Jahr 2030. Um ihre Realisierung zu ermöglichen, schafft dieses Gesetz Maßnahmen zur Verbesserung der Markt-, Netz- und Systemintegration der Erneuerbaren Energien und Beteiligung der Kommunen.

Für die seit 20 Jahren geförderten Altanlagen werden Anschlussregelungen geschaffen und die Rahmenbedingungen für Mieterstrom und neue Anlagentechnik gefördert. Dabei sollen die Maßnahmen bis 2030 durch jährliche Überwachung und Aufzeichnung der Ziele überprüft werden und damit der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Netzausbau besser abgestimmt werden. Zudem sollen Kommunen finanziell beteiligt werden, um die Akzeptanz beim Ausbau von Windkraftanlagen zu verbessern.

Zweites Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes

Dieses Gesetz verschafft Familien mehr zeitliche Freiräume und die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienzeiten zwischen den beiden Elternteilen. So werden Eltern besonders früh geborener Kinder stärker unterstützt, indem ein Elterngeldmonat zusätzlich ausgezahlt werden soll. Gleichzeitig sollen Vereinfachungen geschaffen werden, um Elterngeldstellen wie auch Eltern von bürokratischen Hürden zu entlasten.

Bund unterstützt bei Ganztagesangeboten an Grundschulen

Es besteht der weitverbreitete Wunsch nach ganztägigen Bildungsangeboten für Kinder. Diese Angebote unterstützen Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Im Koalitionsvertrag zwischen den Regierungsparteien wurde ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung verankert. In einem ersten Schritt haben Bund und Länder Ende Dezember 2020 eine Vereinbarung für ein Investitionsprogramm über 750 Millionen Euro zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Grundschulkinder geschlossen. Diese Gelder stehen ab sofort bereit und sollen zur Vorbereitung des geplanten Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung eingesetzt werden. Wenn Bund und Länder dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder zustimmen, wird es ein zusätzliches Engagement des Bundes mit bis zu weiteren 2,75 Milliarden Euro geben. Dies wären dann insgesamt 3,5 Milliarden Euro Investitionsmittel des Bundes.

Impressum

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Astrid Mannes, MdB Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Fotos © Dr. Astrid Mannes, pixabay.com